

5. Juli 2014
bis
24. Juli 2014

Die **Bayern-LB** hat ihre defizitäre ungarische Tochterbank **MKB** für 55 Millionen Euro an den ungarischen Staat verkauft. Im Zuge der Transaktion verzichtet die Bayern-LB auf gegenüber der MKB bestehende Forderungen in Höhe von 270 Millionen Euro. Das Closing der Transaktion ist bis September 2014 vorgesehen. Die harte Kernkapitalquote (CET-1-Quote) der Landesbank wird durch die Transaktion mit 0,3 Prozentpunkten belastet. Bei vollständiger Anwendung der Basel-III-Vorgaben hatte der Bayern-LB-Konzern zum 31. März 2014 eine vorläufige CET-1-Quote von 13,0 Prozent ausgewiesen. Die MKB war eine der großen Beteiligungen, von der sich die Bayern-LB laut Verpflichtungskatalog der EU-Kommission bis Ende 2015 trennen musste. Die Landesbank war seit 1994 Mehrheitsaktionär des ungarischen Instituts.

Die **Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)** hat dem in Berlin ansässigen Crowdfunding-Unternehmen **Bergfürst** eine Banklizenz erteilt. Die **Bergfürst Bank AG** bietet Privatanlegern an, Aktien von jungen Unternehmen in der Wachstumsphase und Beteiligungen an einzelnen Immobilien zu erwerben. Zudem ist die Emission von Wertpapieren geplant.

Die spanische Großbank **BBVA** kauft das verstaatlichte Geldinstitut **Catalunya Banc** für knapp 1,2 Milliarden Euro. Für das Institut hatten sich unter anderem die Bankengruppen Santander, CaixaBank und die französische Société Générale SA interessiert. Der spanische Staat hatte in die Sanierung des maroden Geldhauses mehr als 13,5 Milliarden Euro Steuergelder investiert. Wenige Tage zuvor hatte die Bank ein Portfolio an Immobilienkrediten mit einem Nennwert von 6,4 Milliarden Euro an den Finanzinvestor Blackstone veräußert. Ungefähr die Hälfte dieser Kredite gilt nach wie vor als ausfallgefährdet. Das US-Unternehmen zahlte für das Paket 3,6 Milliarden Euro.

Die **Bundesregierung** hat im Juli Gesetzentwürfe beschlossen, mit denen die europäischen Vereinbarungen zur Bankenunion umgesetzt werden sollen. Das sind einerseits das Gesetz zur Umsetzung der europäischen Bankenabwicklungsrichtlinie (BRRD-Umsetzungsgesetz) sowie das Gesetz zur Ratifizierung des intergouvernementalen Übereinkommens vom 21. Mai 2014, mit dem die national erhobenen Bankenabga-

ben auf den künftigen einheitlichen Abwicklungsfonds übertragen werden und die gemeinsame Nutzung dieser Beiträge geregelt wird. Zudem enthält das Maßnahmenpaket zwei Gesetzentwürfe, mit denen die Einführung des neuen ESM-Instruments der direkten Bankenrekapitalisierung umgesetzt wird. Der vorliegende Gesetzentwurf fasst bereits vorhandene Regelungen zusammen. Hierzu wird ein neues Gesetz geschaffen, das **Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen (SAG)**. Zusätzlich zu den im nationalen Recht bereits vorhandenen Instrumenten erhält die Abwicklungsbehörde insbesondere das Recht, im Fall einer Abwicklung Eigentümer und Gläubiger eines Instituts unmittelbar finanziell zu beteiligen (Bail-In). Nationale Abwicklungsbehörde wird zunächst die heutige Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) in Frankfurt. Mittelfristig soll die Abwicklungsbehörde in die BaFin integriert werden. Die Antragsfrist des deutschen Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) für neue Maßnahmen wird letztmalig um ein Jahr bis Ende 2015 verlängert.

Auf Anregung des bulgarischen Präsidenten Rossen Plewneliew haben sich die wichtigsten politischen Parteien des Landes darauf geeinigt, dass die **Europäische Zentralbank (EZB)** zukünftig die Banken des osteuropäischen Landes überwachen soll. Der Balkanstaat wäre damit das erste Nicht-Euro-Land, das dem einheitlichen europäischen Bankenaufsichtsmechanismus und damit der EU-Bankenunion beiträgt. Gespräche mit der europäischen Bankenaufsichtsbehörde sollen aufgenommen werden. **Bulgariens Finanzsektor** ist derzeit in der Krise. Die bulgarische Zentralbank entzog Mitte Juli 2014 der viertgrößten Bank des Landes, der Corpbank, die Lizenz und begründete dies mit Hinweisen auf Fehlverhalten. Medienberichte über zweifelhafte Geschäfte hatten zuvor einen Ansturm der Kunden ausgelöst, die ihr Geld bei der Bank abheben wollten.

Die italienische Versicherungsgesellschaft **Generali** wird die Schweizer Privatbank **Banca Svizzera Italiana (BSI)** für 1,5 Milliarden Schweizer Franken (1,24 Milliarden

Euro) an das brasilianische Bankhaus **Banco BTG Pactual** veräußern. Die Transaktion soll nach Zustimmung der Behörden im ersten Halbjahr 2015 abgeschlossen werden. Schon im vergangenen Jahr hatte das Unternehmen mehrere Randbeteiligungen verkauft. Diese Verkäufe stehen vor dem Hintergrund der durch die europäische Richtlinie Solvency verschärften Eigenkapitalbedingungen für Unternehmen der Assekuranz. Insgesamt hat der Versicherer damit Beteiligungen in Höhe von 3,7 Milliarden Euro abgestoßen.

Die Private-Banking- und Asset-Management-Gruppe **LGT**, mit Sitz in Liechtenstein, übernimmt von der **HSBC Private Bank (Suisse)** ein Private-Banking-Portfolio vermögender und sehr vermögender Kunden aus verschiedenen Ländern. Die Transaktion umfasst verwaltete Vermögen in Höhe von rund zehn Milliarden Schweizer Franken sowie rund 70 Mitarbeiter. Nach dem Closing soll das übernommene Geschäft in die LGT Bank (Schweiz), die per Ende des vergangenen Jahres 21 Milliarden Schweizer Franken an Vermögen verwaltete, integriert werden.

Der Autohersteller **Peugeot-Citroën** und der spanische **Banco Santander** haben gemeinsam bei der Banca d'Italia einen Antrag auf **Gründung einer neuen Bank** gestellt. Das neue Institut soll Mitte 2015 eröffnet werden und primär in der Automobilfinanzierung auftreten. Medienberichten zufolge ist die Gründung weiterer Institute in verschiedenen europäischen Ländern geplant.

Zum Jahresende 2014 schließt die **UBS Deutschland AG** mit Nürnberg und Bremen zwei weitere Standorte in Deutschland. Mit dieser Maßnahme vollendet die Tochter der Schweizer Großbank die Verkleinerung ihres Niederlassungsnetzes in Deutschland. Diese war Teil der 2012 begonnen Neuausrichtung hierzulande. Ab 1. Januar 2015 wird die UBS in Deutschland acht Niederlassungen betreiben.

Das New Yorker Private-Equity-Unternehmen **Warburg Pincus** macht seine deutsche Zweigstelle in Frankfurt am Main zu. Die Geschäfte in der Region sollen zukünftig aus **London** geführt werden. Im Jahre 2004 hatte das Unternehmen eine Zweigstelle in München geschlossen, die Frankfurter Niederlassung war 2005 eröffnet worden.